

## **L1 Nie Ohne Mein Team - Klimakampf braucht Arbeitskampf**

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Inhaltlicher Schwerpunkt

### **Antragstext**

1 Dürresommer, Flutkatastrophen und jedes Jahr ein neuer Hitzerekord: Die ersten  
2 Folgen der Klimakrise sind schon jetzt auch bei uns in Nordrhein-Westfalen  
3 spürbar. Weltweit nehmen die Tode durch Hitze und Mangelernährung zu, Waldbrände  
4 toben schon im Frühjahr und ganze Inseln verschwinden bereits. Seit Jahrzehnten  
5 sind die Folgen der Klimakrise absehbar, seit einigen Jahren spürt man sie  
6 weltweit. Und die Auswirkungen werden mit jedem Zehntel Grad Klimaerwärmung  
7 dramatischer.

8 Gleichzeitig gibt es keine Antworten der Regierungen in Bund und Land, die der  
9 Dramatik der Klimakrise etwas entgegensetzen könnten. Statt eines konsequenten  
10 Umsteuerns erleben wir politisches Versagen: Konservative und Liberale  
11 blockieren aktiv Fortschritte in der Klimapolitik, vom selbsternannten  
12 Klimakanzler Scholz ist nichts mehr übrig. Dazu kommt, dass auch GRÜNE  
13 Regierungspolitik uns nicht in Richtung 1,5 Grad-konforme Politik gebracht hat.  
14 Die Bundesregierung reißt jedes Jahr aufs Neue ihre selbst gesteckten, immer  
15 noch viel zu ambitionslosen Klimaziele.

16 Auch Nordrhein-Westfalen ist weit davon entfernt, das Land in Richtung  
17 Klimaneutralität zu bringen und Politik im Sinne des Pariser Abkommens & der  
18 dramatischen Realität der Klimakrise zu machen. Das Abbaggern und Verfeuern der  
19 Kohle unter Lützerath durch den Energiekonzern RWE macht für NRW die Einhaltung  
20 seines Co2-Budget aus international abgestimmten Klimazielen quasi unmöglich.

21 Zusätzlich zur Reduzierung der bewilligten Kohlemengen muss die Landesregierung  
22 jetzt einen Plan vorlegen, wie sie den zusätzlichen Ausstoß von CO2 durch die  
23 Blöcke im Kraftwerk Neurath kompensieren wird, um die CO2-Restbudgets für NRW  
24 nicht zu überschreiten. Dafür braucht es Einsparungen im Energiesektor, aber  
25 auch in den anderen Sektoren. Um diese Einsparungen plan- und überprüfbar zu  
26 machen, braucht es Sektorenziele, die für die einzelnen Ministerien verbindlich  
27 gelten müssen. Es darf nicht passieren, dass sich einzelne Ministerien aus der  
28 Verantwortung ziehen.

29 Zudem muss das alte schwarz-gelbe NRW-Klimaschutzgesetz überarbeitet werden.

Erst 2045 klimaneutral werden zu wollen, geht an der Wirklichkeit der Klimakrise vorbei. Für uns ist klar: Nordrhein-Westfalen muss spätestens 2035 klimaneutral sein!

Was sich hier in NRW als großer Industrieregion klimapolitisch bewegt, hilft auch, das globale Klima zu schützen und setzt ein Zeichen in Richtung Berlin und Brüssel. Die klimapolitische Blockadehaltung der Mitte-Rechts Parteien muss deswegen endlich aufhören.

Aus diesem Grund sind wir als GRÜNE JUGEND in Nordrhein-Westfalen als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung auf den Straßen und verbünden uns mit den Menschen vor Ort. Die Bewegung hat es geschafft, die Notwendigkeit einer wirksamen Klimapolitik auf die politische Agenda zu setzen und dabei Millionen Menschen mobilisiert. Dass gerade die Klimablockierer angesichts des Bündnisses von Klimabewegung und gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten versuchen, beide zu diffamieren, verbietet sich.

Rechte Diskurse wie der einer "Klima-RAF" oder des "Ökoterrorismus" sind gefährlich und zeigen nur die klimapolitische Unfähigkeit von Konservativen und Liberalen. Als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung werden wir weiter für eine Klimapolitik kämpfen, die der Radikalität der Klimakrise gerecht wird.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- Die Überarbeitung des Klimaschutzgesetzes NRW im Sinne der Klimaneutralität spätestens 2035
- Verbindliche Sektorenziele für Nordrhein-Westfalen
- Eine Absage an die zunehmende Kriminalisierung der Klimabewegung

### **Schluss mit fossilen Energien in NRW**

Im Januar wurde trotz riesigen Protests das Dorf Lützerath am Tagebau Garzweiler II geräumt. Auch wir als GRÜNE JUGEND in NRW haben uns den Zehntausenden angeschlossen, die auf Demonstrationen und Aktionen gegen die Räumung und für effektive Klimapolitik gekämpft haben.

Obwohl die Braunkohle einer der größten Klimazerstörer ist, wird die noch förderbare Kohlenmenge in Nordrhein-Westfalen für die nächsten Jahre weiter erhöht. Bis 2030 darf RWE weit mehr Kohle fördern und verbrennen, als zur Erreichung der NRW-Klimaziele im Bereich Energie erlaubt wäre.

Und das, obwohl die Kraftwerke im rheinischen Revier zusammengerechnet ohnehin schon die größten CO<sub>2</sub>-Emittenten Europas sind. Für die Erreichung unserer Klimaziele sind statt reiner Enddaten auch verbindliche Kohlemengen notwendig. Im Sinne einer 1,5-Grad-konformen Politik muss das Land im Rahmen seiner Leitentscheidung dafür sorgen, dass die für RWE noch förderbaren Kohlemengen drastisch gesenkt werden.

Zudem ist noch nicht final entschieden, ob 2030 überhaupt Schluss mit der Braunkohle in NRW sein wird. Laut Verständigung zwischen Land, Bund und RWE wird 2026 erst darüber befunden, ob RWE-Kraftwerke in die Reserve gehen und damit bis 2033 am Netz bleiben dürfen. Als GRÜNE JUGEND NRW ist für uns klar: Spätestens 2030 ist Schluss mit der Nutzung der Braunkohle!

Zudem gilt es einen Rollback in fossiles Gas zu verhindern. Die Lösung für die mittel- und langfristige Energiesicherheit liegt in den Erneuerbaren und nicht im Gas. Statt neue, fossile Infrastruktur zu bauen, braucht es einen konsequenten Gasausstieg bis spätestens 2035. Das betrifft gerade auch die im Eckpunktepapier mit RWE vorgesehenen neuen Gaskraftwerke im Land.

Beim Ausbau der Erneuerbaren in NRW sind erste Schritte bereits gemacht worden. Gleichzeitig versucht die CDU beispielsweise, die vollständige Abschaffung der unsinnigen pauschalen 1000 Meter-Abstandsregel bei der Windkraft hinauszuzögern. Hier ist mehr Geschwindigkeit gefordert: Die Landesregierung muss die pauschale Regelung unverzüglich abschaffen. Es braucht eine gleichzeitige Reduktion von fossiler Energie und den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren. Deshalb muss auch über Einsparpotentiale von Energie etwa in der Industrie oder bei den Superreichen gesprochen werden. Denn der CO<sub>2</sub>-Ausstoß ist auch eine Klassenfrage: Die reichsten Prozente der Gesellschaft sind für einen Großteil der Emissionen verantwortlich. Statt also die Hauptverantwortung Arbeiter\*innen in der Industrie zuzuschieben, müssen Konzerne und das reichste Prozent auch endlich adäquate Einsparungen vornehmen.

Wenn absehbar zu wenig und zu langsam Erneuerbare ausgebaut werden, muss das Land selbst investieren und mit einem Landesprogramm den Ausbau in der öffentlichen Hand betreiben. Zusätzlich braucht es eine aktive Förderung des Landes für Anwohner\*innen und Arbeiter\*innen, die bei sich vor Ort genossenschaftlich die Energiewende vorantreiben und von dieser profitieren.

Die Produktion und Nutzung von chemischen Kraftstoffen aus Strom ist extrem ineffizient und teuer. Deshalb sollen sie nur eingesetzt werden, wenn es für die Industrie keine andere sinnvolle Möglichkeit gibt, etwa in der Stahlindustrie. Wenn Wasserstoff importiert wird, müssen die Lieferketten reguliert werden. Damit würden Gewinne nicht nur einseitig im Westen entstehen, Wissensweitergabe könnte erfolgen, gute Löhne gezahlt und Menschenrechte geachtet werden.

Dem Mythos von massenhaft eingesetzten chemischen Kraftstoffen, gerade E-Fuels, treten wir entschieden entgegen.

Der bevorstehende Strukturwandel und der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft bereiten vielen Menschen, gerade auch im rheinischen Revier, Sorgen vor einer möglichen Verschlechterung ihrer materiellen Situation. Der Strukturwandel muss daher politisch gelenkt stattfinden und im Sinne der Menschen erfolgen. Dafür braucht es neue, klimaneutrale Jobs und massive Investitionen in die Region.

RWE hat in der Region ganze Landstriche das Zuhause von Familien zerstört. Der Konzern muss für die Ewigkeitskosten der Braunkohle aufkommen. Klar ist für uns außerdem, dass bis zum Ende der Braunkohle keine weiteren Enteignungen für fossile Energie mehr stattfinden dürfen.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- Die Reduktion der Kohlemengen im rheinischen Revier auf ein Paris-konformes Niveau
- Die Streichung der möglichen Kohlereserve für RWE-Kraftwerke
- Den beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren Energien, dafür muss die pauschale Abstandsregel für die Windenergie komplett fallen und NRW ein Landesprogramm zum Bau von Erneuerbaren initiieren
- Einen Rollback bei fossilem Gas verhindern, dafür braucht es einen Gasausstieg bis spätestens 2035
- Klare und strenge Vorgaben zum Einsatz von Wasserstoff und E-Fuels.
- Keine weiteren Enteignungen für fossile Energieträger
- RWE muss die Ewigkeitskosten der Braunkohle tragen

### **Als Arbeiter\*innen Hand in Hand**

Nie ohne mein Team! Wir meinen es ernst mit der klimagerechten Transformation der Industrie. Für uns ist dabei klar, dass sie niemals auf dem Rücken der Arbeiter\*innen ausgetragen werden darf, sondern mit ihnen gemeinsam gestaltet werden muss.

Dass jetzt etwas passieren muss, ist allen klar. Die fossile Industrie ist einer

der Haupttreiber der Klimakrise. Fast zwei Drittel der industriellen Treibhausgase werden dabei von nur drei Branchen verursacht: Stahl, chemische Grundstoffe und Zement. Alle drei produzieren in NRW, ob ThyssenKrupp im Ruhrgebiet, die Bayer-Werke in Dormagen und Leverkusen oder die Zementwerke in Beckum - alle diese Branchen müssen klimaneutral werden und das so schnell wie möglich. Dabei sehen wir aber, dass der Markt es eben nicht regelt. Unter dem unkontrollierten Strukturwandel im Ruhrgebiet mit Arbeitsplatzabbau, geringen Löhnen und kaum Umschulungen leiden die Menschen und ganze Städte immer noch.

Was es stattdessen braucht, ist ein aktiver Umbau im Sinne des Klimas und der Beschäftigten. So verhindern wir ersatzlosen Wegfall von tausenden gut bezahlten Industriearbeitsplätzen in NRW. Der Umbau der Wirtschaft muss von und mit Arbeiter\*innen geschehen. Voraussetzung dafür ist eine echte Statusgarantie. Für Beschäftigte in den fossilen Industrien müssen neue Jobs mit mindestens vergleichbaren Tarifbedingungen her. Oftmals braucht es dafür eine Umschulung, diese muss ebenso gut vergütet werden wie der Job. Denn Um- und Weiterbildung sind der Schlüssel für einen gerechten Umbau, egal ob danach in der gleichen Branchen gearbeitet wird oder ein völlig anderer Weg gegangen wird. Der Bedarf an Fachkräften in den Erneuerbaren Sektoren ist hoch, für den Umbau der Verkehrsinfrastruktur, des Energiesektors oder für die Wärmewende braucht es tausende neue Stellen.

Aber für uns geht es nicht nur um die Schaffung neuer Arbeitsplätze. 40 Stunden Arbeit als Referenzwert, dazu Haushalt, Freund\*innen und Familie managen ist an jeder Lebensrealität vorbei gedacht. Erfunden für die "traditionelle Familie", wo die Care-Arbeit von der Frau übernommen wird und der Mann das Einkommen erwirtschaftet. Es ist an der Zeit, die 40-Stunden-Woche abzuschaffen. Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist längst überfällig. Genauso überfällig ist eine Jobgarantie - auch in NRW sind viele Menschen unfreiwillig ohne Arbeit. Bei dieser Jobgarantie stellen Land und Kommunen gut bezahlte Jobs bereit. Damit bekommen nicht nur alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz, sondern stärken die Wirtschaft und federn Krisen ab.

Für uns ist dabei klar: Barrieren haben im Job nichts verloren, wenn wir tatsächlich alle Menschen mitnehmen wollen. Wir müssen weg von sogenannten Behindertenwerkstätten, in denen nicht einmal Mindestlohn gezahlt wird oder der Arbeitnehmer\*innenstatus gilt, sondern die Unternehmen in die Pflicht nehmen, gute Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Dafür gehört das Prinzip der Leistungsfähigkeit abgeschafft, es braucht Aufklärung und Beratung unter anderem auch zu psychischen Erkrankungen und die UN-Behindertenrechtskonvention muss konsequent umgesetzt werden.

Der Arbeitsmarkt muss inklusiv werden, sodass wir Seite an Seite für die sozialgerechte Transformation kämpfen können.

Gute Arbeit braucht gute Bezahlung und gute Rahmenbedingungen. Garantiert wird das oftmals durch einen Tarifvertrag. Dabei ist die Tarifabdeckung in NRW in den

176 letzten Jahrzehnten dramatisch zurückgegangen. Das bedeutet, dass immer weniger  
177 Arbeiter\*innen von einem Tarifvertrag profitieren, gerade bei den momentanen  
178 Preissteigerungen wird das zum Problem. Umso wichtiger sind die aktuellen  
179 Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst und die vergangenen Streiks bei der Post.  
180 Wir stehen solidarisch Seite an Seite mit den Streikenden und begreifen  
181 Gewerkschaften als enge Verbündete im Kampf für gute Löhne, faire  
182 Arbeitsbedingungen und die klimaneutrale Transformation.

183 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 184 • Einen landeseigenen Transformationsfonds, um die Wirtschaft klimagerecht  
185 umzubauen.
- 186 • Die Statusgarantie, die für Beschäftigte in den fossilen Industrien neue  
187 Jobs mit gleichen Tarifbedingungen schafft.
- 188 • Ein Anspruch auf Um- und Weiterbildung bei vollem Lohnausgleich.
- 189 • Eine Arbeitszeitverkürzung auf regulär 28 Stunden bei vollem  
190 Lohnausgleich.
- 191 • Das Recht auf Arbeit mit einer Jobgarantie, die durch Land und Kommunen  
192 genügend Arbeitsplätze für alle diejenigen schafft, die arbeiten wollen.
- 193 • Ein wirksames Tariftreue- und Vergabegesetz in NRW, sodass bei allen  
194 Investitionen des Landes auch eine faire Bezahlung der Arbeiter\*innen  
195 garantiert wird.
- 196 • Die Abschaffung von sogenannten Behindertenwerkstätten und bis dahin  
197 Mindestlohn und Streikrecht umsetzen. Außerdem müssen wir endlich  
198 Unternehmen und Staat in die Pflicht nehmen, hin zu inklusiven Unternehmen  
199 & guten Löhnen.

### 200 **Investitionen für Viele statt Profite für Wenige**

201 RWE und Vonovia haben eine Sache gemeinsam, beide sind große Konzerne, die mit  
202 grundlegender Infrastruktur auf unsere Kosten Profite machen. Die Regierungen  
203 gucken scheinbar hilflos dabei zu. Und das obwohl längst klar ist, dass RWE das

Klima zerstört und Vonovia Mieter\*innen abzockt. Dabei liegt der Fehler im System, Grundversorgung gehört in die öffentliche Hand, niemand sollte mit Wohnraum oder Energieversorgung Profite in die Tasche der Aktionär\*innen wirtschaften können, niemand für Profite das Klima zerstören dürfen.

Für uns als Teil der gesellschaftlichen Linken ist klar: Grundversorgung gehört vergesellschaftet. Ob RWE oder Vonovia, ob Energieversorgung oder Wohnraum - das sollte uns allen gehören. Zentral für die Bekämpfung der Klimakrise ist doch, welche Entscheidungen von großen Konzernen getroffen werden. Heute werden diese aber oftmals alleine von Vorständen und Aktionär\*innen der Unternehmen ohne demokratische Legitimation getroffen. Über eine breite Demokratisierung der Wirtschaft, beteiligen wir Arbeiter\*innen direkt an den wichtigen Entscheidungen und sorgen für eine klimaneutrale Wirtschaft und bezahlbare Preise.

Dafür braucht es viel Geld, anders als Finanzminister Lindner im Bund oder Optendrenk im Land sagen, hinterlassen wir aber den künftigen Generationen keine Bürde indem wir investieren, sondern sorgen für eine lebenswerte Zukunft! Denn ob eine massive Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren, die Verkehrswende oder die Infrastruktur für Wasserstoff - all das ist Grundvoraussetzung, wenn wir die Klimakrise schnell bekämpfen wollen. Was passiert, wenn wir kein Geld in die Hand nehmen, sehen wir an den Kommunen in der Haushaltssicherung. Kommunen werden jeder Handlungsfähigkeit beraubt, klimagerechter Umbau vor Ort wird quasi unmöglich. Die lang versprochenen Altschuldenlösung muss noch in diesem Jahr umgesetzt werden, ob vom Land oder vom Bund ist egal, hauptsache es geht schnell. Investieren bedeutet auch ein Ende der Schuldenbremse, denn bekämpfen wir die Klimakrise jetzt nicht, bauen wir nicht sozialgerecht um, dann werden die Kosten in der Zukunft unermesslich sein.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- Grundversorgung gehört in die öffentliche Hand: RWE und Co. vergesellschaften.
- Die direkte Beteiligung der Arbeiter\*innen an wichtigen unternehmerischen Entscheidungen über eine Demokratisierung der Wirtschaft.
- Eine Investitionsoffensive des Landes für den Umbau der Industrie und die Sicherung bezahlbarer Grundversorgung.
- Eine schnelle Lösung der Altschuldenproblematik der Kommunen über einen Altschuldenfonds.

- Das Aussetzen und langfristig die Abschaffung der Schuldenbremse auf Landes- und Bundesebene.

## **Auf die Straße für gute Löhne & gerechte Klimapolitik**

Die Klimakrise ist längst da, die Inflation frisst die Löhne auf und die Finanzminister Lindner und Optendrenk wollen den Gürtel enger schnallen. Als GRÜNE JUGEND NRW ist uns klar: Wir lassen uns unsere Zukunft nicht verheizen und nicht kaputtsparen. Bundes- und Landesregierung liefern längst nicht die Antworten auf die Krisen unserer Zeit, deswegen müssen wir die Lösungen erkämpfen. Weiter geht es jetzt mit dem Arbeitskampf im Öffentlichen Dienst und mit #WirFahrenZusammen - Klimakampf braucht Arbeitskampf! Dafür stehen wir Seite an Seite mit der Klimabewegung und den Gewerkschaften auf der Straße und fordern laut, was uns zusteht: Eine Zukunft ohne Klimakrise, aber dafür mit guter Arbeit.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich